

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	13
A. Historischer Hintergrund	18
I. Auf dem Weg zur Preußischen Verfassung	18
II. Preußische Verfassung vom 30.11.1920	21
III. Politische Lage 1919–1932	23
IV. Änderung der Geschäftsordnung des Preußischen Landtags am 12.04.1932	32
V. Preußische Landtagswahl vom 24.04.1932	35
VI. Politische Folgen der preußischen Landtagswahl	36
B. Autonomes Parlamentsrecht und geschriebene Geschäftsordnung	44
I. Grundlegendes	44
1. Begriffsbestimmung	44
2. Geschichte der parlamentarischen Geschäftsordnungen	46
3. Rechtliche Einordnung parlamentarischer Geschäftsordnungen	47
II. Erlass parlamentarischer Geschäftsordnungen	49
1. Umfang der Geschäftsordnungsautonomie	49
2. Normebenen	50
3. Grenzen	51
4. Verfahren	54
III. Änderung und Abweichung von der Geschäftsordnung	54
1. Abweichung	55
2. Änderung	56
IV. Der Grundsatz der Diskontinuität	57
1. Begriff der Diskontinuität	57
2. Anknüpfungspunkt der Diskontinuität	59
3. Rechtsnatur und Rang	61
V. Beschlussfassung	62
1. Mehrheitsprinzip	62
2. Bedeutung der Beschlussfähigkeit	64
C. Entscheidungen des Staatsgerichtshofs zur Geschäftsordnungsänderung	66
I. Verfassungsgerichtsbarkeit in der Weimarer Republik	66
II. Entscheidung des Staatsgerichtshofs vom 25.10.1932 zum „Preußenschlag“	68
1. Verfahrenssituation	69
2. Auswertung des prozessualen Schriftverkehrs	71

3. Entscheidungsgründe	77
4. Ist die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen mit der Änderung der Geschäftsordnung zu rechtfertigen?	78
III. Entscheidung des Staatsgerichtshofs vom 20. 12. 1932	80
1. Verfahrenssituation	80
2. Auswertung des prozessualen Schriftverkehrs	83
3. Entscheidungsgründe	90
4. Verstößt die Änderung der Geschäftsordnung gegen die Verfassung?	92
IV. Welche Leitlinien lassen sich aus den Urteilen des Staatsgerichtshofs zur Ände- rung von Geschäftsordnungen bilden?	100
D. Bewertung der staatsrechtlichen Würdigung der Geschäftsordnungsänderung in der zeitgenössischen Literatur	102
I. Wiederherstellung des geltenden verfassungsrechtlichen Zustandes	103
II. Das „parlamentarische Kunststück“	106
1. Zerstörung der Einheit von Reich und Preußen	106
2. Verfassungsänderung durch Änderung der Geschäftsordnung	108
III. Geschäftsordnungsänderung und das Prinzip der gleichen Chance	112
1. Carl Schmitts Machtprämienlehre	113
2. Geschäftsordnungsänderung und Rezeption der Lehre Carl Schmitts	116
3. Verstößt die Geschäftsordnungsänderung gegen das Prinzip der gleichen Chance?	120
E. Bewertung der staatsrechtlichen Würdigung der Geschäftsordnungsänderung in der Literatur der Nachkriegszeit	123
I. Illegitime Geschäftsordnungsänderung	124
II. Politische Erwägungen als verfassungsrechtliches Argument	127
III. Geschäftsordnungsänderung und Misstrauensvotum	131
F. Ergebnisse	137
I. Verfassungsmäßigkeit der Änderung der Geschäftsordnung des Preußischen Landtags vom 12. April 1932	137
II. Geschäftsordnungsänderungen im Vorgriff auf politische Konflikte	139
III. Rolle der Verfassungsgerichtsbarkeit	140
G. Zusammenfassung	141
Anhang	142
Quellen- und Literaturverzeichnis	160
Personenregister	170
Sachwortregister	171